

SVP rechnet mit «Extremwerten»

Mehrkosten durch das neue CO₂-Gesetz: Bund hält Zahlen der SVP für übertrieben

Von Stefan Häne, Bern

Die SVP rechnet einmal mehr vor, was die Umsetzung einer umweltpolitisch bedeutsamen Vorlage die Bevölkerung kostet. Hat sie dies letztes Jahr bei der Energiestrategie 2050 getan, zückt sie ihren Taschenrechner nun beim CO₂-Gesetz – dem Instrument zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens. 1400 Franken mehr pro Jahr, warnt die Partei, müsse ein vierköpfiger Haushalt in Zukunft zahlen, sollte das CO₂-Gesetz für die Periode 2021 bis 2030 so durchkommen, wie es die nationalrätliche Umweltkommission verabschiedet habe.

Das SVP-Generalsekretariat schlüsselt auf Anfrage auf, wie die Partei auf diesen «konservativ gerechneten» Betrag kommt. Bei Brennstoffen wie Öl und Gas veranschlagt die Partei den geplanten maximalen Aufschlag der CO₂-Abgabe von heute 120 auf 210 Franken pro Tonne, umgerechnet also ein Plus von 27,5 Rappen pro Liter. Bei einem jährlichen Verbrauch von 3000 Litern, den die Partei annimmt, ergibt das 825 Franken.

Dazu kommt die geplante Verteuerung von Benzin und Diesel um 8 Rappen pro Liter, die der Nationalrat gestern gutgeheissen hat. Die SVP geht von einem Verbrauch von 1600 Litern Treibstoff pro Jahr aus, was Mehrausgaben von 128 Franken zur Folge hätte. Schliesslich rechnet die SVP mit teureren Konsumgütern, weil höhere Klima-abgaben den Preis für die Produktion nach oben treiben würden. Kostenpunkt: plus 456 Franken. Macht unter dem Strich die erwähnten rund 1400 Franken. Die SVP-Rechnung provoziert Widerspruch in der Bundesverwaltung. «Die SVP hat überall Extremwerte genommen», sagt Andrea Burkhardt, Chefin der Abteilung Klima im Bundesamt für Umwelt (Bafu). Der Wert von 3000 Litern gilt gemäss Bafu nur für jene alten Häuser als repräsentativ, die vor 1990 gebaut und nie saniert wurden und mit Öl beheizt werden – also 45 Prozent des Gebäudeparks.

Geld wird teilweise rückerstattet

Unerwähnt lässt die SVP zudem: Bei der CO₂-Abgabe auf Brennstoffe handelt es sich um eine Lenkungsabgabe, die grösstenteils wieder an die Bevölkerung und Firmen rückverteilt wird. Sparsame werden so belohnt, da sie mehr Geld



Geld für die Umwelt. 128 oder 62 Franken mehr pro Jahr für Treibstoff? SVP und Bund widersprechen sich. Foto Keystone

zurückhalten, als sie an Abgaben entrichten. Verschwender zahlen mehr. Dieser Anreiz soll helfen, den Verbrauch von Öl und Gas zu drosseln.

Aktuell beträgt die Rückerstattung durchschnittlich 77 Franken pro Person, was bei einem vierköpfigen Haushalt also rund 300 Franken ergibt. Dieser Betrag wird künftig steigen, weil mit der geplanten Erhöhung der CO₂-Abgabe mehr Geld für die Rückverteilung bereitsteht. Dies umso mehr, als Bevölkerung und Firmen bislang nur zwei Drittel der Einnahmen aus der CO₂-Lenkungsabgabe zurückerstattet erhalten. Ein Drittel geht ins Gebäudeprogramm, mit dem der Bund energetische Sanierungen unterstützt. Doch diese Teilzweckbindung soll nach den Plänen des Bundesrats 2025 wegfallen, womit die Lenkungsabgabe – abgesehen von den Verwaltungskosten – künftig vollumfänglich an die Bevölkerung und Firmen zurückfliessen wird. Wie die SVP auf die erhöhten Konsumkosten kommt, kann Bafu-Expertin Burkhardt nicht nachvollziehen. Und bei den Treibstoffen relativiert sie: Ein Auto in der Schweiz verbraucht heute im

Schnitt 5,8 Liter pro 100 Kilometer. Macht bei den durchschnittlich 13400 Fahrkilometern pro Jahr 777 Liter. Steigt der Literpreis um 8 Rappen, wird es unter dem Strich 62 Franken teurer; das ist nur halb so viel wie in der SVP-Rechnung.

Kommt dazu: Anders als bei den Brennstoffen unterliegen die Treibstoffe nicht einer Lenkungsabgabe, die sparsames Verhalten belohnt. Bislang sind alle politischen Versuche, dies zu ändern, gescheitert – unter anderem am Widerstand der SVP. Die SVP sieht keinen Grund, ihre Darstellung zu korrigieren,

weil «solche Berechnungen stets auf Annahmen beruhen und es sich um Mischrechnungen handelt». Bereits bei ihrem Kampf gegen die Energiestrategie 2050, den sie an der Urne verlor, beharrte sie auf ihren Zahlen. Damals prognostizierte die Partei jährlich Mehrkosten von 3200 Franken für einen Haushalt; der Bund sprach von 40 Franken. Die Differenz erklärte sich so: Die SVP vermischte das erste Massnahmenpaket, welches zur Abstimmung kam, mit dem zweiten, das die Räte damals gar noch nicht behandelt hatten – und später versenkten.

Flugtickets ohne eine CO₂-Abgabe

Bern. Der Nationalrat will keine CO₂-Abgabe auf Flugtickets einführen. Das hat der Nationalrat bei den Beratungen zum CO₂-Gesetz beschlossen. Die Flugticketabgabe lehnte der Rat mit 93 zu 88 Stimmen bei 8 Enthaltungen ab. Er folgte der Mehrheit seiner Kommission und dem Bundesrat. Gegen eine Abgabe hatten sich die SVP und die FDP gestellt. Sie befanden, das Fliegen

dürfte nicht zu einem Privileg für Reiche werden. Die Befürworter hingegen argumentierten, der Flugverkehr dürfe nicht verschont werden. Die Fliegerei trage wesentlich zum Ausstoss von Treibhausgasen bei. Zur Diskussion standen Abgaben zwischen 12 und 30 Franken für Flüge in EU-Länder sowie zwischen 30 und 50 Franken für Flüge in andere Länder. SDA

Konflikt mit der WTO in Sicht

Beschaffungsrecht umstritten

Bern. Wegen einer Änderung des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen (GPA) muss das Beschaffungsgesetz revidiert werden. Der Ständerat hat über die Vorlage diskutiert. Wie der Nationalrat verfolgte er dabei das Ziel, gleich lange Spiesse für Schweizer Unternehmen zu schaffen. Dafür ist er sogar bereit, an die Grenzen des internationalen Rechts zu gehen. Der wohl schwerwiegendste Grenzfall ist das vom Nationalrat eingeführte Kriterium, dass bei der Vergabe das Preisniveau im Land berücksichtigt wird, in welchen die Leistung erbracht wird.

Damit hätten Schweizer KMU die gleichen Bedingungen wie Anbieter aus Tieflohnländern, sagte Kommissions-sprecher Pirmin Bischof (CVP/SO). Laut Peter Föhn (SVP/SZ) geht es um Schweizer Arbeitsplätze. Man müsse sich fragen, ob heute Schweizer Unternehmen bei Ausschreibungen im Ausland nicht aufgrund der hohen Kosten diskriminiert würden, sagte Stefan Engler (CVP/GR). Finanzminister Ueli Maurer konnte diese Argumente zwar nachvollziehen. Schweizer Löhne würden durch die flankierenden Massnahmen geschützt. Wenn aber die Leistung im Ausland erbracht werde, gebe es keinen Schutz, sagte er. Gleichzeitig warnte Maurer davor, dass es sich um einen «krassen Verstoß gegen WTO-Regeln» handle. Das führe fast mit Sicherheit zu Klagen. «Sie würden ein sehr grosses Risiko eingehen», sagte er. SDA

Personenverkehr wächst massiv

Nur auf der Schiene herrschen seit dem Jahr 2000 stabile Verhältnisse

Neuenburg. Die Schweizer Verkehrsleistung im Personenverkehr auf Strasse und Schiene ist zwischen 2000 und 2017 um rund einen Drittel angestiegen. Der Güterverkehr auf der Strasse legte um gut ein Viertel zu, jener auf der Schiene um ein Prozent. Das geht aus dem neuen Hauptbericht zum Verkehr hervor, den das Bundesamt für Statistik (BFS) gestern veröffentlichte.

Die Passagierzahl im Luftverkehr stieg um 60 Prozent. Damit übertrafen die Zahlen im Personenverkehr auf Strasse, Schiene und in der Luft das

Bevölkerungswachstum der untersuchten Jahre bei Weitem. Dieses lag 2000 bis 2017 bei 18 Prozent.

Das geringere Wachstum im Güterverkehr führt das BFS auf die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 zurück, die zu einer gewissen Stagnation führe.

Belastungen für die Umwelt

Zur Kehrseite der Mobilität gehören Umweltbelastung und Unfälle. So war der Verkehr ohne den internationalen Flugverkehr 2016 für 38 Prozent des Schweizer CO₂-Ausstosses verantwort-

lich. Die Emissionen dieses Treibhausgases durch den Verkehr blieben in den letzten Jahren relativ stabil.

Der Ausstoss von Stickoxiden und anderen Luftschadstoffen sank dagegen deutlich.

Auch die Zahl der tödlichen Verkehrsunfälle ist seit mehreren Jahren rückläufig. Trotzdem verloren 2017 insgesamt 230 Personen ihr Leben auf den Strassen. Bund, Kantone und Gemeinden liessen sich den Verkehr 2015 zusammen 16,8 Milliarden Franken kosten. SDA

Parlament zieht bei den Beratern die Zügel an

Der Ständerat gibt dem Nationalrat bei einigen Kürzungen nach

Bern. Das Bundesamt für Gesundheit erhält weniger Geld für externe Berater, als der Bundesrat budgetiert hat. Für die Sozialhilfe für Asylsuchende und Flüchtlinge stehen 45 Millionen Franken weniger zur Verfügung, als der Bundesrat geplant hat.

Der Ständerat ist bei der Bereinigung des Voranschlags 2019 in diesen beiden Punkten dem Nationalrat gefolgt. Gegenüber dem Entwurf des Bundesrats um 18,99 Millionen Franken auf 4,28 Milliarden Franken gekürzt werden im nächsten Jahr zudem die departementsübergreifenden Sach- und Betriebsausgaben.

Mehr Geld erhalten Bildung und Forschung. Zuletzt zog der Ständerat beim Budget für Forschungsein-

richtungen von nationaler Bedeutung nach und erhöhte es um 3,01 Millionen auf 105,3 Millionen Franken. Damit haben sich die Kammern bei der Bildung und Forschung auf Aufstockungen um insgesamt rund 101 Millionen Franken geeinigt.

Budget wieder in Nationalrat

Zwei vom Nationalrat beschlossenen Kürzungen mochte der Ständerat allerdings bisher nicht folgen. Es sind 1,97 Millionen Franken für eine Aufstockung um zehn Stellen bei der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) sowie um 1,64 Millionen Franken für die Vollzugsstelle für den Zivildienst.

Nicht einig sind sich die Räte zudem beim Leistungsziel für die Personal-

beurteilung. Der Ständerat will nichts davon wissen, eine «Normalverteilung über alle vier Stufen» als Ziel für die Bundesverwaltung zu setzen. Darauf hat eine Mehrheit im Nationalrat bisher beharrt.

Und im Gegensatz zum Nationalrat will der Ständerat die ausserparlamentarischen Kommissionen nicht unter die Lupe nehmen. In der Version des Bundesrats weist der Voranschlag bei Einnahmen von 73,556 Milliarden Franken und Ausgaben von 72,296 Milliarden Franken ein Plus von 1,260 Milliarden Franken auf. In der Version des Nationalrats beträgt der Überschuss rund 1,224 und in jener des Ständerats neu 1,220 Milliarden Franken. SDA

Rüffel für die Schweiz

Kritik an der Klimakonferenz

Bern. Die Schweiz erreicht in einem internationalen Klimarating zwar Rang neun. Das Rating blendet aber den grössten Teil der von der Schweiz verursachten Treibhausgase aus. Dies wurde an der UNO-Klimakonferenz in Kattowitz bekannt. Die Schweiz erzielte den guten neunten Platz wegen der Methodik und der schwachen Konferenz, schreibt der WWF Schweiz zu dem gestern veröffentlichten jährlichen Klima-Länderrating «Climate Change Performance Index». Würden die tatsächlichen, durch den Konsum verursachten Emissionen gemessen, würde die Schweiz jedoch auf einem der hinteren Plätze landen. Das Rating bewerte nämlich nur das im Inland ausgestossene CO₂. Die Schweiz importiert aber grosse Mengen von CO₂-intensiven Produkten und verursacht damit mehr CO₂ im Ausland als im Inland.

Weiter blendet das Rating gemäss WWF aus, dass die Schweiz zu den wenigen Ländern gehört, die nicht grundsätzlich den eigenen Ausstoss senken, sondern weitgehend Klimazertifikate einkaufen. Gerade beim CO₂-Ausstoss von Verkehr oder Gebäuden schneide die Schweiz im internationalen Vergleich aber schlecht ab, also dort, wo sie die Emissionen nicht ins Ausland auslagern könne

Schweden, das beste Land

In dem Klima-Rating wurden die Plätze eins bis drei wie in den Vorjahren nicht vergeben, weil kein Land genug tue, um die Ziele des Pariser Klima-abkommens zu erreichen. Als bestes Land klassierte sich Schweden, gefolgt von Marokko, Litauen, Lettland und Grossbritannien. Der nordafrikanische Staat punktete insbesondere mit dem rapiden Ausbau der erneuerbaren Energien. Hinter der Schweiz finden sich auf den Rängen zehn und elf Malta und Indien. In Indien – einem grossen CO₂-Emittenten – fiel vor allem die Dynamik bei den erneuerbaren Energien ins Gewicht. Deutschland landete auf Platz 27. Letztes Jahr hatte das Land noch auf dem 22. Rang gelegen. Grund für den Abstieg ist der Braunkohleverbrauch.

Die 28 Staaten der EU gemeinsam schaffen es mit Platz 16 in den Bereich der Länder, die mit «gut» bewertet werden. Im Einzelbereich Treibhausgase schneidet das Staatenbündnis aber wegen der hohen Pro-Kopf-Emissionen nur «mässig» ab. Punkte bringt vor allem die Klimapolitik. SDA

Nachrichten

Flüchtlingshelferin verurteilt

Brig. Die Flüchtlingshelferin und Menschenrechtsaktivistin Anni Lanz muss laut dem Urteil des Bezirksgerichts Brig eine Busse von 800 Franken und Verfahrenskosten von insgesamt 1400 Franken zahlen. Das Gericht befand Lanz der Förderung der illegalen Einreise für schuldig. Das Gericht beurteilte das Vergehen von Lanz als einen leichten Fall. SDA

Freie Hand bei Wahlverfahren

Bern. Das Parlament will den Kantonen freie Hand lassen beim Wahlverfahren für ihre Behörden. Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat gegen Einschränkungen ausgesprochen. Damit stellt sich der Rat zum zweiten Mal dem Willen seiner vorberatenden Kommission entgegen. Diese hatte zunächst gar nicht auf die Vorlage eintreten wollen. SDA

Thurgauer wollen Zölibat abschaffen

Weinfelden. Die Katholische Synode des Kantons Thurgau verlangt in einer Resolution externe Untersuchungskommissionen zu den Missbrauchsfällen, die Aufhebung des Pflichtzölibats und die Ordination von Frauen. Adressat der Resolution ist die Versammlung der Präsidenten der Bischofskonferenzen, die Ende Februar in Rom tagen wird. SDA